

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher. Amt 6, Nr. 6188  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mitarbeiter sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. - Polzeitsungsliste Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

### Inhalt.

Uniere Agitation. — Altersfürsorge für bremische Staatsarbeiter (Fortf.) Die erkrankende Lase. — Stuttgarter Brief. — Die Wasser-versorgung Münchens. — Die Gantontferenz in Düsseldorf. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rumbödan. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Uniere Agitation.

Der Mainzer Verbandstag hat bekanntlich, hinsichtlich der Ausbreitung unseres Verbandes, derartige Normen geschaffen, daß bei ihrer Einhaltung Grenzverletzungen mit den Organisationsen im eigenen Lager künftig weniger möglich erscheinen wie früher. Allerdings geschieht dies in erster Linie auf Kosten der Gebietseinschaltung unseres Verbandes. Die Agitation wird dadurch aber hauptsächlich des so häufigen Wunderspisses entleidet. In dieser Zeit verhält man sich schon einige Jahre länger. Die Bahn für unsere Arbeitstätigkeit ist so entschieden freier. Es gilt nun, auf diesem Wege auch Lösung vorwärts zu schieben.

Bei der Anbahnung unserer Kollegen werden wir ja oft genug durch die jeweiligen Maßnahmen der Stadtverwaltungen unterhütet. Die Arbeiter müssen es sich jedoch selbst angelegen sein lassen, über alle Dinge die nötige Aufklärung zu erhalten. Das ist ihnen durch Wort und Schrift geboten. In jüngster Zeit ist da insbesondere allenthalben der Geschäftsbericht für die Zeit von Anfang 1905 bis Ende 1905 verteilt worden. Er bietet vor allem wertvolle Orientierung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Arbeiter. Außerdem sind wohl jetzt in allen hiesigen Angestellten ausgegeben, welche die Situation auf Grund der neuesten Statistiken darlegen. Als handliche Manuskripten stehen der ganzen Bewegung die „Gewerkschaft“ und die „Sanitätswerte“ zur Seite. Hierin werden alle Fragen, welche für die Gemeinde- und Staatsarbeiter irgendwie von Interesse sind, erörtert. Mit diesen Schriften kann viel sehr viel Propaganda für unsere Organisation gemacht werden. Es handelt sich nur darum, daß die Kollegen immer die erforderliche Verbreitung besorgen und aufmunternde und aufklärende Worte hinzufügen.

Aber auch die Agitation von Mund zu Mund ist gerade in der Arbeiterbewegung unerlässlich. So im engen Kreis ist es oftmals leichter möglich einen Indifferenten von dem Nutzen der Organisation zu überzeugen wie in großen Versammlungen. An der Hand von Beispielen aus dem eigenen Leben und besonders aus dem Arbeitsverhältnis läßt sich der Vorteil durch den Verband gut nachweisen. Die Mitarbeit in der Agitation, wie der persönliche Verkehr, Betriebsbesprechungen, Sitzungen der Arbeiterausschüsse Vertrauensleute u. d. d. h. deshalb keineswegs zu unterlassen und nun ernsthaft ernsthaft zu sein.

Die größeren Agitationsversammlungen sind natürlicherweise nicht zwecklos. In der Propaganda muß eben auch das andere eingebracht werden. Von allen Gewerkschaften werden daher Agitationsreisen veranstaltet um einen Vertreter des Verbandes in größeren Versammlungen in den Kollegen sprechen zu lassen. Hunderte Malen und nicht selten auch nachahmlich so daß die einzelnen Vertrauensleute sich über ihre eigenen Verhältnisse wieder verhalten und somit zur Verbreitung unserer Ideen beitragen. Auf diese Weise kann der Organismus viel gefördert werden. Da doch durch das Weiterarbeiten das Interesse für die Sache geweckt wird. Solche Treffen müssen bei der Agitation berücksichtigt werden. Unsere Verbandstetung ist auf diesem Gebiete in jüngster Zeit ebenfalls

nicht untätig gewesen. Sie hat in den verschiedensten Gegenden des Reiches Agitationsversammlungen veranstaltet.

Die erste Agitationstour nach dem Verbands- tage erstreckt sich auf den Gau Nürnberg und die Stadt Chemnitz. Ruzlos ist auch dieses Arrangement nicht geblieben. Wenngleich die Besucherzahl in den Versammlungen hier und da selbst zu wünschen übrig ließ. Neben dem agitationalen Wert der Tour kommt noch der persönliche Verkehr zwischen den Mitgliedern und dem Vorstandsvertreter in Betracht, welcher in der Regel dazu führt, daß eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vorgetragen und etwaige Differenzen ausgeglichen oder Mißverständnisse auf geklärt werden. Als Referent war in allen Versammlungen Kollege Albin Roke Berlin anwesend.

In Chemnitz fand die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung am Sonntag den 8. September im Restaurant „Reichs- hedelei“ statt. Zur Tagesordnung stand das Thema: „Zehn Jahre Arbeiterpolitik in den deutschen Stadtgemeinden“. Den Anwesenden wurde hier Aufklärung gegeben über die ersten kleineren Anfänge sozialer Fürsorge die sich vor ungefähr zehn Jahren in Deutschland bemerkbar machten und wie sie dann, meist auf Drängen der Organisations der hiesigen Arbeiter, nach und nach mehr soziales Verständnis in den einzelnen Gemeinden durchgegriffen hat. So haben wir zurzeit in 20 Städten der Provinz und in Betriebs- leute der Gasanstalten, in 34 Städten wird der Differenzbetrag zwischen Lohn und Straußengeld in Straußengeld gezahlt, 56 Gemeinden gewähren Sommerurlaub bei voller Lohnzahlung und 61 Städte geben Hausgeld und Winterkleidungsverordnung. Diese Veranstaltungen hätten allerdings den Arbeiter keineswegs veranlassen, von seinen Grundforderungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne abzugehen. Unter Gewerkschaftlichen wurden dann eine Reihe von Mißständen in Erwähnung gebracht, wodurch die Kollegen zeigten, daß sie mit vollem Interesse sich der Organisation widmen und auch weiterhin für ihre Forderungen zu kämpfen und einzutreten.

Einen feinen Stamm hat unsere Bewegung in Pankberg. Die Vertragserhöhung hat zwar einen kleinen Rückschlag gebracht und infolgedessen war der Besuch der für Sonntag den 9. September veranlassung einberufenen Versammlung nicht gerade vielversprechend, die Redner bildeten aber gewissermaßen den guten Kern der dortigen Organisation. Hier in dieser von den lieben Freunden in Christo heiß umflossenen Stadt wird das Vorwärtstommen der Organisation erheblich erleichtert. Die Christlichen wirken eben bestmündend und nicht fordernd auf die Gewerkschaftsbewegung. Unser Mitglieder werden sich natürlich trotzdem ihre Position zu sichern wissen. In der Versammlung sprachen sich die Kollegen alle in diesem Sinne aus, nachdem sie das Referat: „Was können die hiesigen Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage tun?“ aufmerksam angehört hatten.

Für die Schweinfurter Kollegen traten in der am Sonntag den 9. September nachmittags abgehaltener Versammlung Lohnforderungen in den Vordergrund. Ihre Wünsche sollen in nächster Zeit erfüllt werden. Das Bürgermeisterei hat dies, nach mehr maligen Vorstelligkeiten, in letzter Ansicht gestillt. Die Gesamtbeit der Kollegen wurde hier allerdings gut daran tun, wenn sie noch etwas mehr Interesse für ihre Bewegung zeigte. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig.

Die Erlanger Mittheilung unseres Verbandes ist noch nie seit ihrem Bestehen besonders groß gewesen und so war denn auch der nicht übermäßige Besuch erklärlich. Langsam aber sicher geht bei rousants. Hoffen wir dies auch für die Zukunft. Das kleine Gaus der Organisations hat großes Interesse am Verbandeleben. In tun bleibt im Gelingen immerhin noch viel. (Fortsetzung folgt.)

## Altersfürsorge für bremische Staatsarbeiter.

(Fortsetzung.)

In mehr als einer Beziehung ist es nun interessant zu hören, aus welchen Erwägungen heraus die Deputation die Frage, ob es sich nach Ablehnung der Hinterbliebenenfürsorge überhaupt empfehle, die Ansehensübertragung der städtischen Arbeiter gesetzlich zu regeln, bejaht hat. Es heißt in dem Protokoll:

Nach dem Vorgehen einer großen Anzahl anderer deutscher Städte kann sich Bremen nach Ansicht der Deputation der Aufgabe, für seine Arbeiter, die ihm jahrelang mit ihrer Arbeitskraft gedient haben, im Falle der Erwerbsunfähigkeit zu sorgen, nicht wohl entziehen. Zwar besteht für diese Arbeiter nach dem Invalidenversicherungsgesetz schon eine reichsrechtliche Fürsorge, es läßt sich aber nicht verkennen, daß diese Fürsorge vielfach eine unzulängliche ist. Um erhebliche Ersparnisse für ihr Alter zu machen, reichten aber die Einkünfte der Staatsarbeiter selten aus. Haben daher schon manche Privatunternehmer für ihre Arbeiter durch Gründung von Pensionskassen usw. gesorgt, so muß es als eine Ehrenpflicht des Staats angesehen werden, in gleicher Weise für seine alten Arbeiter einzutreten. Außerdem aber hat der Staat wie jeder andere Arbeitgeber ein Interesse daran, sich einen möglichst großen Stamm eingeschnittener Arbeiter heranzuziehen und zu erhalten, und diesem Interesse kann kaum besser als dadurch gedient werden, daß er sie durch Gründung einer Pensionskasse der Sorge, was in ihrem Alter aus ihnen werden solle, überhebt.

Wenn hier angeht wird, daß sich Bremen bei der Einführung sozialpolitischer Maßnahmen nicht nur von Gemeindeverwaltungen, sondern auch von der Privatindustrie ins Erlernepflan nehmen läßt, so wird dadurch nur die Ansicht unserer Bremer Kollegen von autoritativer Seite unterstrichen. Fast bei allen Forderungen, welche von uns an die Stadt gestellt wurden, verschänzte man sich zum Teil dahinter, daß man der Privatindustrie mit derartigen Einrichtungen die Existenz erschweren würde oder daß über die Bewährung derartiger Maßnahmen zu wenig Erfahrungen vorlägen. Wir erinnern an die Urlaubsbefrage, die Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld, Zahlung eines Minimallohnes, Normalarbeitstages, Erbschaft — alles Dinge, welche in dem liberal regierten Bremen noch fehlten. Und doch ist alles dies schon von einer ganzen Reihe deutscher Städte und Privatunternehmungen eingeführt. Aber so lange man sich eben in Bremen, ohne sich allzusehr zu blamieren, um die Erfüllung sozialpolitischer Pflichten berücken kann, so lange fühlt man sich in der Gesellschaft, welche eben so rückständig ist, unbehaglich wohl. Das nennt man dann ein „langsameres, säumeres Vorgehen“. Auch das die reichsrechtliche Fürsorge „eine vielfach unzulängliche“ ist, ist eine Erkenntnis, welche dazu beitragen dürfte, die Kabel von der gefährlichen Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter hinein zu zerreißen. Die Deputation meint nun zwar, daß die Einkünfte der bremischen Staatsarbeiter selten zu erheblichen Ersparnissen ausreichen. Mit Verlaub! Wir sind der Ansicht, daß erhebliche Ersparnisse nie gemacht werden können und Ersparnisse überhaupt nur sehr, sehr selten und dann unter den größten Einbußen und Einschränkungen des Sparers. Bezahlt doch Bremen noch Löhne von 3 M., der weitaus größte Teil der Staatsarbeiter muß sich mit einem Lohn von 2,50 M. begnügen. Immer und immer wieder haben unsere Kollegen auf die Unzulänglichkeit dieser Entlohnung in Anbetracht der teureren Lebensverhältnisse in Bremen hingewiesen, leider immer ohne Erfolg. Da verdient es denn, festgehalten zu werden, daß die Deputation in der Begründung, welche sie zur Höhe des Ruhegehalts gibt, ausführlich:

„Es muß aber nach Ansicht der Deputation berücksichtigt werden, daß auch die Lebensverhältnisse in Bremen erheblich teurer sind als in vielen anderen Städten Deutschlands.“

Wir werden auf dieses Geständnis zu gelegener Zeit zurückkommen. Der Neben Zweck, welcher mit der Einführung des Ruhelohnes erreicht werden soll, nämlich die Heranziehung und Erhaltung eines Stammes von geschnittenen Arbeitern, sei nur deshalb erwähnt, weil sich auch hier wieder die Wichtigkeit dessen bestätigt findet, was wir immer behauptet haben, nämlich, daß mit allen derartigen Wohlfahrtsmaßnahmen der Arbeiter an die Schwelle gestellt werden soll. Wie viel mehr wird dieser Zweck erreicht, wenn der Arbeiter zu diesen Einrichtungen Beiträge zu entrichten hat.

Denn, wenn es auch die Deputation für eine Ehrenpflicht des Staates erklärt, für die Arbeiter, welche im Dienste des Staates sich zuwenden gearbeitet haben, im Falle der Erwerbsunfähigkeit zu sorgen, so konnte sie sich doch nicht zu dem Standpunkte abfinden, daß der Staat auch für diese Fürsorge, die Kosten aufzubringen, die Ehrenpflicht habe.

Bei ihrer diesbezüglichen Entscheidung hatte angeblich die Deputation die Wahl zwischen zwei Systemen. Entweder wird den Arbeitern eine Pension ohne Rechtsanspruch gewährt, und in diesem Falle trägt die Stadtverwaltung allein die Kosten der Versicherung, oder es steht den Arbeitern ein gesetzlich geregelter Anspruch auf Pension zu, wegen der für die gesetzliche Versicherung haben, die Beiträge für ihre Versicherung in der Regel zur Hälfte selbst zu tragen, während die andere Hälfte von der Stadtverwaltung über-

nommen wird. Wenn sich die Deputation für das zweite System entschieden hat, so begründet sie dies folgendermaßen:

„Eine Pension ohne Rechtsanspruch, also eine Pension, deren Bewilligung in dem Belieben der Versäufigungsbehörde stünde, hat nicht viel mehr Bedeutung, als eine verbesserte Armenpflege. Sie wird von dem Arbeiter selbst wenig geschätzt werden. Eine Pension dagegen, die der Arbeiter sich durch seine Beiträge selbst erworben hat, und auf welche er einen durch Gesetz begründeten Anspruch erheben kann, wird bei den Arbeitern sich derselben Bewilligung erfreuen dürfen, wie die reichsrechtlich geregelte Invalidenversicherung. Zudem erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß der Staat allein die Kosten der Versorgung seiner Arbeiter trägt. Es wird ein befriedigenderer Zustand geschaffen, wenn die Arbeiter durch eigene Beiträge, wenn auch unter Beihilfe des Staates, die Mittel für ihre Versicherung gegen Erwerbsunfähigkeit aufgebracht haben. Auch wird den Arbeitern allein auf diesem Wege eine Beteiligung an der Entscheidung über Ansehensübertragung ermöglicht, denn eine solche Anteilnahme würde sich bei einer Masse, deren Mittel allein vom Staate aufgebracht werden, nicht rechtfertigen lassen.“

So weit, so gut. Aber es gäbe doch noch eine dritte Möglichkeit und dies wäre, die Frage zu prüfen, ob nicht auch ohne Beitragspflicht der Rechtsanspruch gewährt werden könnte. Das scheint nun der Deputation allerdings nicht „wünschenswert“. Warum, sagt sie nicht, weil sie sich damit auf ein halbes Gehalt begeben würde. Es biete dann eben auch der Frage näher treten, wie der Arbeiter gegen willkürliche Entlassungen geschützt werden kann. Wenn der Staat für seine Beamten, ohne daß diese Beiträge leisten, die Versicherung übernimmt, ihnen einen Rechtsanspruch einräumt, so ist nicht einzusehen, warum bei einigermassen gutem Willen nicht das gleiche für die Arbeiter getan werden kann. Denn der Arbeiter ist kein nützliches Glied des Staates, und wenn man dem besser platzierten Beamten, der nur auf disziplinarischem Wege aus seiner Stellung entfernt werden kann, ein Recht auf Ansehensübertragung, so sollte man diesen Grundgedanken erst recht auf den schlecht bezahlten, in unsicherer Stellung sich befindlichen Arbeiter anwenden. Die „Weserzeitung“ aber, die natürlich die sozialpolitischen Errungenschaften in Deutschland im allgemeinen und die bremischen in besonderen bei dieser Gelegenheit wieder bis über das Schollendaus lobt, meint, daß durch die Beitragsleistung der Arbeiter etwas geboten würde und weniger dann, wie man es bei diesem vornehmen Heckerblatt schon gewohnt ist, die Gelegenheit, um der verhassten Sozialdemokratie eins anzuweisen. Sie schreibt: „Das Wort „Anerkennung“ wird in Gemütern, die durch die sozialdemokratische Bewegung noch nicht völlig verwirrt sind, eine wechselläufige Wirkung auslösen.“ Uns fällt dabei unwillkürlich ein, wie einmal im Reichstage von bürgerlicher Seite dagegen argumentiert wurde, daß die Aktenlisten von den besser Situierten getragen werden sollten. Man behauptete dort, die große Masse des Volkes würde beleidigt sein, wenn es nicht sein Scherlein zu Deutschlands Macht und Größe beitragen dürfte.

Nur meint die Deputation, daß durch die Beitragspflicht allein die Möglichkeit geschaffen sei, den Arbeitern eine Beteiligung an der Entscheidung über Ansehensübertragung einzuräumen. Nun ist aber in dem Entwurf von einem Mitspracherecht in der Verwaltung der Masse keine Rede, sondern den Arbeitern soll nur in der Verschiedenheit Zeit und Stimme eingeräumt werden. Auch haben wir vergeblich nach einer Andeutung gesucht, daß bei der Entlohnung von Arbeitern eine Verteilung derselben mitzudenken hat. Diese „Möglichkeit“ wird wohl durch die Beitragspflicht nicht geschaffen? Wir meinen aber, daß eine solche Instanz um so eher eine Notwendigkeit ist, als eine Minderhaltung der Beiträge nicht vorgezogen ist. Die Deputation hat nun als Hauptgrund für die Nichtentlohnung der Beiträge an die Arbeiter, welche aus der Veränderung ausschließen, angeführt, daß der vom Staate zu leistende Aufwand, wie er von den Mathematikern berechnet worden sei, ein so erheblicher wäre, daß es mit der Rückzahlung an Versicherte, die weniger als 50 Wochen der Masse angehört haben und an Hinterbliebene von Versicherten, die vor Eintritt in den Genieß eines Ruhelohnes verstorben sind, sein Bewenden haben müßte. Wollte man die Rückzahlung verallgemeinern, dann würde sich eventuell eine höhere Beitragsleistung nötig machen.

Sie führt weiter das Mißliche, das die Masse zu tragen habe, als Grund an und exemplifiziert auf die Krankenkassen, bei denen die Beiträge auch nicht anferntestattet würden. Nun ist aber ein Vergleich mit den Krankenkassen schon aus dem Grunde nicht anmöglich, weil der Entwurf der Deputation eine mindestens fünfjährige Strengezeit vorsieht. Das von den Statistiker in tragende Risiko ist ein viel größeres. Auch sind erfahrungsgemäß die von den Mathematikern aufgestellten Berechnungen in der Regel zu gemacht, daß mit den ungunstigsten Verhältnissen gerechnet wird. Denn dürfte auch der vom Staat jährlich zu leistende, veranschlagte Beitrag von 28,30 M. reichlich hoch geschätzt sein? Wir meinen, daß so lange die Entlohnung des Arbeiters in das Belieben eines einzelnen Beamten gestellt ist, so lange der Staatsarbeiter also in einem ungleichen Lebensverhältnis steht, müssen die von ihm geleisteten Beiträge unanfechtbar werden, um so mehr, als der für die Arbeiter vorgezeichnete Beitrag von wöchentlich 22 Pf. eine Verletzung derselben bedeutet, welche angesichts der unzureichenden Löhne nur schwer aufzubringen sein dürfte. (Schluß folgt.)

### Die erquickende Oase.

Eines der schlimmsten Schachmaderorgane, über welches die deutsche Arbeitgeberwelt verfügt, ist die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“. Mit einem erstaunlichen Hartnäckigkeit und mit einem wachsenden Aufwand materieller und geistiger Mittel wird den Arbeitgebern von dieser Stelle gelehrt, wie sie sich des Aufsturus der um die Verbesserung ihrer elenden Lebenslage kämpfenden Arbeiter erwehren können. Die Gefährlichkeit dieses ausgewachsenen Schachmader reptils tritt aber nicht nur dort in die Erscheinung, wo die Arbeiter mit „ihren“ Vorgesetzten in direkte Unterhandlungen zu treten gezwungen sind, sondern auch an anderen Stellen vertritt man seine Stellung. Durch die stumpfsinnige Verquickung der politischen mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stempelt sie die Heimliche Reformforderung der Gewerkschaften zu revolutionären Motiven, die geeignet erscheinen, die begehrenden Massen in ihren Forderungen und in der Bekämpfung ihrer Gottähnlichkeit zu stören. Dieser raffinierten Taktik der „Arbeitgeberzeitung“, die den Gewerkschaften eine Erläuterung berechnungswürdig, haben wir es mitzuerkennen, daß die staatlichen und städtischen Behörden, ebenso die Gerichte der Bewegung der modernen Arbeiterwelt mit Misstrauen und Vereingewöhnlichkeit entgegenkommen, was um so weniger Wunder nehmen darf, als die Repräsentanten des Gewerkschafts mit den Repräsentanten der Verwaltungskörper und der Rechtsprechung vielfach verknüpft und verflochten sind. Die Massenbewegung, die sich immer deutlicher innerhalb der Nationen vollzieht, je höher die Schiene ist, die die herrschenden Klassen gegen die unterdrückten und ausgebeuteten Massen aufbricht, ändert auch die ideologischen Begriffe über Moral, Gerechtigkeit und Recht.

Das können wir schon ganz deutlich bei unserer heutigen Rechtsprechung, soweit das Strafrecht in Frage kommt, wahrnehmen. Was dem Richter, dem höheren Richter, dem Advokaten, dem „Mann von Stand und Bildung“ erlaubt ist, zur Wahrung seiner wirtschaftlichen und Standesinteressen die härtesten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, selbst wenn dadurch eine allgemeine Missetat für die Volksgemeinschaft heraufbeschworen wird, wie es die Metzgerbewegung gegen die Stramentation lehrt, im dem Proletariat schon oft genug als strafwürdiges Verbrechen eingerechnet worden. Wer die Partei treue liebt, und wofür wir ein Zeugnis, wiewohl keine wäre im Titel verdient, ganz gelinde bestraft wird, wer aber im Recht, im Ehrgefühl, vielleicht auch zur Abwehr von Anarissen als Arbeiter das Gewisse tut, wie die hochgeborenen Hausheide, bekommt die ganze Schärfe des Gesetzes zu fühlen. Die feiner organisierten Klassen haben eben ganz andere Tugenden, Moral- und Rechtsbegriffe, als der niedrige Plebs, und deshalb haben sie auch zu erwarten, mit anderem Maße in der Rechtsprechung gemessen zu werden.

Zur Bekämpfung einer Massenjustiz beigetragen zu haben, kann sich auch die „Arbeitgeberzeitung“ rühmen. In fast jeder Nummer weist sie darauf hin, daß „unser Gerichte“ mehr die „ordnungsgehenden“ Tendenzen der Gewerkschaften beachten und dafür sorgen müßten, daß dem „Streikterrorismus“ der Arbeiter ein Riegel im wahren Sinne des Wortes verlegt werden müßte.

Gerade besonders legt das Schachmaderreptil darauf, daß die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, die sich im Vereins- und Versammlungrecht, sowie im Koalitionsrecht äußern, als Geschenke hingestellt werden, die ihnen nach Belieben wieder genommen werden können. So behandelt denn auch die genannte Zeitung in einem Artikel die Frage, ob den Arbeitern die Zugehörigkeit zu einem Arbeitgeberverband seitens des Arbeitgebers verboten werden könne. Sie ist entsetzt darüber, daß die heillosste Rechtsprechung der Gewerbegerichte dahin ging, daß das Verbot des Koalitionsrechtes, angebrochen in der Arbeitsordnung, wider die guten Sitten verstoße und von den Arbeitern nicht beachtet werden braucht. Stundungslöse Entlassungen, die wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation erfolgen, seien unstatthaft und verpflichten den Arbeitgeber zu einer Entschädigung bezw. Ausbezahlung des Lohnes für die Zeit der Stundung.

Viele Urteile rufen den Gintermännern der „Arbeitgeberzeitung“ natürlich nicht und mit Schmerz haben sie, daß kein „ordentliches“ Minister diese Measuraufhebung der Gewerbegerichte fertigbringen konnte. Jetzt scheint das Zeichen der Gewissensheilung erfüllt zu werden, denn wie die „Arbeitgeberzeitung“ weiter mitteilt, hat der Straf senat des Oberlandesgerichts zu Dresden neuerdings ein Urteil gefällt, das die genannte Zeitung „eine erquickende Oase in dieser endlosen Wüste einseitiger Rücksichtnahme auf die Arbeitnehmer“ zu nennen imstande ist. Der Strafsenat hat nämlich entgegen der bisherigen Rechtsprechung der Gewerbegerichte festgestellt, daß ein Verbot des Internernehmens, seine Arbeiter dürfen dieser oder jener Organisation nicht beitreten, nicht gegen die guten Sitten verstoße, sondern eine Willensäußerung des Arbeitgebers sei, nach der sich die Lohnslaven richten konnten oder nicht. Im letzteren Falle hätten sie die Arbeit bei dem in Frage kommenden Internernehmer nicht aufnehmen brauchen, und wie es trotz des Verbots tue, liegt hier der Gefahr aus, mit der Stundung bedacht zu werden. Diese Auffassung des Strafsenats in Dresden verhandelt nun die „Arbeitgeberzeitung“ als einen Triumph richtiger Gerechtigkeit und schlußfolgert daraus, daß ein Arbeitgeber berechtigt sei, den Arbeiter sofort zu entlassen, wenn er entgegen dem Willen des Arbeitgebers einer

Organisation angehöre. Wir glauben, daß aus falschen Prämissen das Schachmaderblatt zu falschen Schlußfolgerungen kommt. Hat der Arbeiter vertraglich zugesichert, seiner Organisation anzugehören zu wollen, befindet sich aber eines Besseren und übt sein Staatsbürgerrecht aus, so kann der Arbeitgeber den Arbeiter wohl kündigen; Gründe sind ja wohlfeil wie Brombeeren. Aber er darf ihn nicht sofort, d. h. ohne Zurückhaltung der Kündigungsfrist entlassen, da die Ausübung des Koalitionsrechtes keinen Nachteil des Arbeitgebers involviert. Mit Recht sagen einige Gewerbegerichte, daß es dem Arbeitgeber nichts angehe, wo der Arbeiter seine wirtschaftlichen Interessen wahrnehme. Wir glauben, daß die Gewerbeinspektionen auch ferner allen Arbeitsordnungen, und darauf kommt es im wesentlichen an, die Genehmigung verweigert, wo es heißt, daß den Arbeitern die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation verboten ist. Solche allgemeine Bestimmungen für keinen Betrieb zu erlassen, hat der Arbeitgeber kein Recht und selbst wenn dieser Arbeitgeber eine städtische Verwaltung sein sollte. Wir kennen Städte, wo sich die technischen Leiter von Gas- und Wasserwerken eben solche „erquickende Oasen“ in der Verwertung der Staatsbürgerrechte ihrer Arbeiter geleistet haben, wie die unbefangenen Rechtsgelehrten der deutschen „Arbeitgeberzeitung“.

Berlin.

D. Mag.

### Stuttgarter Brief.

Stuttgart, 25. 9. 08.

Wenn auf unserem Mathaus städtische Arbeiterangelegenheiten zur Sprache kommen, so hört man gewöhnlich, wie die verschiedenen Stadtväter hoch und teuer ihr Wohlwollen gegenüber den Arbeitern versichern. Seitens des Stadtoberhauptes, des rechtskundigen Herrn Oberbürgermeisters Dr. v. Gauß, sowie seines Stellvertreters, des zweiten Bürgermeisters Herrn Stadtmayor, hört man dann auch die Versicherung, daß Stuttgart in der sozialpolitischen Fürsorge für seine Arbeiter nicht zurückbleibe, und daß deshalb die Stadtverwaltung jederzeit ein williges Ohr für Arbeiterwünsche habe und denselben auch so viel wie möglich gerecht werde.

In welchem Umfang dies geschieht, zeigt so recht deutlich die Tatsache, daß die im März 1905 eingereichte Petition des Arbeiters-vereins um Abänderung der seit dem Jahre 1898 geltenden Arbeitsordnung heute noch nicht erledigt ist. Die Eingabe um Gewährung einer Feuerungszulage hört ebenfalls noch der Erledigung. Viele „Verunreinigung“ ihrer Forderungen — angesichts der nachgerade ins Unheimliche gesteigerten Preise für Lebensmittel etc. — muß natürlich im höchsten Grade unter der Arbeiterschaft Erbitterung erzeugen. Zu dem festgelegten Mindestlohn von 3,10 M. bekommt die Stadt schon längst keine Arbeiter mehr und wurden deshalb die Betriebsvorstände ermächtigt, höhere Anfangslöhne zu bezahlen. Bis zu 3,60 M. erhalten nun neuangestellte Arbeiter, zumeist Italiener, während andererseits vollqualifizierte Arbeiter nach zweijähriger Dienstzeit noch mit 3,20 M. entlohnt werden. Die Ausrede, daß damals bei Einstellung dieser Arbeiter der Anfangslohn nur 3 M. betragen hätte und die Arbeiter nach dem vom Gemeinderat festgelegten Normen eine Steigerung ihres Lohnes von je 10 Pf. pro Jahr doch erhielten, kann die Arbeiter absolut nicht befriedigen. Es ist doch sonst überall illus, daß bei Lohnregulierungen die Dienstzeit des Arbeiters berücksichtigt wird, so daß die altgedienten Arbeiter nicht schlechter entlohnt werden als die neuangestellten. In Cannstatt finden wir, daß man sich nicht geniert, einem Arbeiter von 42 Jahren, der fünf Kinder zu ernähren hat und welchem vom Privatunternehmer 35 Pf. Lohn pro Stunde bezahlt wurden, einen Tagelohn von 2,75 M. zu bezahlen. Hier wird uns wahrscheinlich entgegengehalten werden, daß dieser Mann alle Jahre 4 Wochen krank sei. Aber kann ein Mann, der 7 Mäuse zu ernähren hat, widerstandsfähig gegen Witterungseinflüsse etc. sein, wenn ihm zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse — selbst wenn er keine Miete und keine Kleidung zu bezahlen hätte, was aber nicht zutrifft — pro Kopf und Tag nicht einmal 30 Pf. zur Verfügung stehen? Den Nachweis, daß der Arbeiter als unbedürftig betrachtet werden soll, wird der Arbeiter selber wahrscheinlich nicht erbringen können, und kein Rat, „der Arbeiter solle im Armenunterstützung nachsuchen“, ist mindestens unstatthaft.

Ältere Arbeiter, die am 1. Januar d. J. in Cannstatt zur Strakenreinigung eingestellt wurden, erhalten 2,50 M., also auch täglich 30 Pf. weniger als der sog. Minimallohn, trotzdem diese Arbeiter genau zu den gleichen Arbeiten (bei der Abraumabnahme usw.) eingestellt werden wie die jungen Arbeiter, während die Italiener ihren Mehrverdienst, der ihnen übrigens durchaus vergütet sein soll, in die Heimat schicken.

Das Ganze bildet eine treffliche Illustration zu dem von anderen Stadtverwaltungen anerkannten Grundsatz der Entlohnung: je nach dem Grad der sozialen Hilfsbedürftigkeit der Arbeiter. Die Stadt Straßburg z. B. zahlt Familienzulagen von 5, 10, 15 und 20 Proz. zum Tagelohn; Frankfurt zahlt Mietzulagen von 60 bis 120 M. jährlich; Mathausen i. G. gewährt Wochenlöhne und Mindernde hat jetzt wieder 300.000 M. pro Jahr für die Verbesserung seiner Arbeiter aufgewendet. Was aber tut Stuttgarts Stadtverwaltung?



In der Stuttgarter Lieberhalle wurden von deutschen Ärzten Maßnahmen zur Bekämpfung von Krankheiten beraten, während die Stuttgarter Gemeindeglieder kaum die nötigsten Mittel besitzen, um den Hungertypus abzuwehren. Der Herr Oberbürgermeister reist in Gemeinschaft mit dem Herrn Bürgerausgleichsmann Ködner zur Schiffstau nach Langzig, während für die Erledigung von Arbeiterwünschen vom März 1905 bis Ende September 1906 absolut keine Zeit zu finden ist.

Wenn bei einem Arbeiter der kleinste Verlust gegen die Arbeitsordnung vorkommt, wird er mit einer Geldstrafe belegt; wenn aber ein Beamter, der von der Stadt einen Gehalt von einigen Tausend Mark pro Jahr bezieht, während seiner Freizeit allerlei Nebenbeschäftigung treibt, die bedeutende Summen einbringt, so scheint die Stadtverwaltung nichts zu sehen und zu hören.

Wir meinen aber, daß die Bürgerschaft das Recht hat, zu verlangen, daß die von ihr bezahlte Stadtverwaltung inklusive des Oberbürgermeisters danach trachtet, die anfallenden Arbeiten, und seien es auch Arbeiterwünsche, so rasch als möglich zu erledigen. Wenn es in andern Städten möglich ist, Engpässe der Arbeiterkraft wie die oben angeführten in einigen Monaten zu erledigen, sollte man in Stuttgart nicht jahrelang dazu brauchen.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß endlich die Verhältnisse der städtischen Arbeiter in fortschrittlicher Weise geregelt werden, ehe die Arbeiter zum Außersten greifen. Die Arbeiter haben eine Geduldsprobe bestanden, wie sie wohl von Arbeitern der Privatbetriebe noch nie verlangt wurde. Ihre Geduld ist aber nunmehr erschöpft und sie verlangen energisch die Erledigung ihrer Forderungen. Der Oberbürgermeister möge deshalb die Angelegenheit umgehend in die Wege leiten.

### Die Wasserverforgung Münchens.

Wohl keine Stadt des Kontinents wird in so hygienisch einwandfreier Form mit Wasser versorgt, wie die bayerische Hauptstadt München.

Der gesamte Wasserbedarf wird ca. 10 Stunden weit aus dem zwischen Tarching und Wiesbach gelegenen Quellengebiet herangeleitet.

Der Luecingewichte wird kaum vermuten, wenn er in München die mächtigen Wassergeräbe der öffentlichen Brunnen springen sieht, daß diese bereits eine so weite, unterirdische Reise hinter sich haben, und daß es reines Quellwasser ist, daß hier in so reicher Fülle, fast möchte man sagen, verschwendet wird.

Auf der großen amerikanischen Weltausstellung in St. Louis, wo die Münchener Quellwasserleitung zur Darstellung gebracht war, konnte auch nicht eine einzige Stadt des gesamten Erdumfands hierin mit München konkurrieren.

Am Fuße der bayerischen Alpen, in dem wirklich idyllischen, rechts und links mit Bergen flankierten Mangfalltale, allwo schon mancher Großstädter Sorge und Kust vergaß, zu neuem Schaffen die Kräfte stärkte, dort ist der Ursprung dieser einzig dastehenden Wasserleitung.

Übertrauende, neun Millionen von Mark hat die Stadtgemeinde München geordert, um sich dieses Quellengebiet zu sichern.

Wie schwierig war es aber, die silberklare Flut einzufangen? — Wie im Vergaun wurden unterirdische Schächte in die Berge miniert und untereinander verbunden. Eine Feldbahn sorgt für die Abfuhr des anfallenden Materials.

Wie gefährlich ist nicht doch diese Arbeit. Von rechts und links, von oben und unten röhelt das Wasser aus dem Gestein, oft ganze Karinen von Kalkes mit sich führend, wodurch wieder ganze Teile des so mühsam errichteten Schachtes verwittert werden. Mollwagen, Arbeiter, alles ist bis zu einem Meter oft im Wasser.

Es gehören schon starke Kräfte dazu, einige hundert Meter seitlich im Berge zu stecken und dort angeheftet des lebendig gewordenen Erdreichs die Arbeit zu verrichten. Daß größere Unfälle noch nicht vorgekommen sind, spricht für die Umsicht und tüchtige Sachkenntnis, womit die Verleitung ihres schwierigen Amtes waltet. Zum großen Teil tragen auch die Arbeiter durch ihre gewissenhafte Arbeit dazu bei, solche Unfälle zu halten. Kein lächerlich werden die Schächte geöhert und die Ästen ins Tal geleitet.

Nach Sammeltschächte mit reichen Zerklassen herausgemauert und überwölbt leiten die so gebändigten Wasser nach den Reservieren, von wo aus sie in großen Röhren ihrem Bestimmungsort, München, zufließen.

Durch diese unterirdische Abzweigung aber sind die bisher an der Oberfläche vorhandenen Quellen vernichtet, die Quellbächen verarmten. Nur ein paar alte Bächen zeugen noch von den künftigen Quellen und Bächen, die einmal das Mangfalltal durchzogen und sich den Wäldern dienstfertig erweisen haben.

Gegenwärtig beschäftigt die Stadtgemeinde München zurecht 120 Mann, um immer noch neue Quellen zu erschließen und damit dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Zu arbeiten sie, die mächtigen Oberländer, angetan mit Gummihosen, oder richtiger gesagt, mit Gummihöhlen, oft bis zu den Hüften in den kalten, eiskalten Wässern, um diesen ihre neuen Wege zu bahnen. Nicht selten sind die Leute genötigt, sogenannte "Kalken" zu befestigen, um überhaup noch im Wasser stehen, resp. arbeiten zu können.

Daß nur tüchtige, geschulte Handwerker sowie Arbeiter verwendet werden können, um eine gewissenhafte Arbeit zu leisten, ist selbstverständlich.

Um aber auch für diese mühevollen Arbeit eine bessere Entlohnung und auch sonstige, den Münchener städtischen Arbeitern gewährte Vergünstigungen zu erreichen, hat sich kürzlich die größte Mehrzahl der in Betracht kommenden Arbeiter unserem Verband angeschlossen und bildet die neue Filiale „Thalham München“.

In einer Versammlung am 16. September in Thalham, in welcher Gauleiter Z e b a l d, München, referierte, wurden die von einer aus den Arbeitern gewählten Kommission aufgestellten Anträge mit geringen Änderungen angenommen und dem Münchener Gemeindefolgeamt unterbreitet.

Hoffen wir, daß dieses in Anbetracht der gerade im bayerischen Oberland noch krasser auftretenden Fenerung, als auch der schwierigen Arbeit und der hygienischen Bedeutung des großartigen Unternehmens auch die Arbeiter zu ihrem Rechte gelangen laßt.

Der jüngsten Filiale Thalham bringen wir an dieser Stelle ein herzlich willkommen mit dem Wunsche, daß die Filiale, die schon über 100 Mitglieder zählt, ein rechtes Glied unseres Verbandes werden möge.

### Die Gaukonferenz in Düsseldorf

für den Gau Rheinland Westfalen fand am 23. September statt. Anwesend waren 15 Delegierte, außerdem ist der Zentralvorstand durch den stollegen M o h s vertreten.

Die Tagesordnung lautete: 1. Monatsrechnung, 2. Bericht des Gauleiters, 3. Bericht der einzelnen Filialen, 4. Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse, 5. Verschiedenes.

Wir müssen an dieser Stelle natürlich davon absehen, einen ausführlichen bis ins einzelne gehenden Bericht zu geben. Es darf auch hier angenommen werden, daß die Delegierten allerorts Bericht errieten. So verbleibt uns nachstehender Auszug aus dem Protokoll, welcher ein Bild von den Verhandlungen geben dürfte. Mit freudiger Genugtuung kann jedenfalls konstatiert werden, daß wir auch im „Schwarzen“ Weiter marschieren!

Schafer Mohl verweist zunächst auf den bereits in der Nummer 32 der „Gewerkschaft“ gegebenen Bericht. Seine Ausführungen seien als Erregungen zu diesem Bericht zu betrachten. Der Zentralvorstand als auch er seien bei der Errichtung des Zweigvereins Mohl am 1. Juli 1905 von der Auffassung ausgegangen, daß für Rheinland Westfalen etwas Besonderes geschehen müßte; sei es doch Tatsache, daß die Situation in diesen Provinzen eine besonders schwierige ist. Trotz der eifrigen Gegenwart der christlichen Gewerkschaften, die besonders die städtischen Arbeiter für sich zu reservieren glaubten zu können, habe die Organisation, wenn auch keine reell zu zufriedenstellende, so doch erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl betrug am

|                 |      |                |      |
|-----------------|------|----------------|------|
| 1. Juli 1905    | 376  | 1. Januar 1906 | 806  |
| 1. Oktober 1905 | 613  | 1. April 1906  | 1119 |
| 1. Juli 1906    | 1223 |                |      |

Die Anzahl der Zahlstellen erhöhte sich von 5 auf 11. Es mag hierbei besonders in Betracht gezogen werden, daß die Verteilung in fast allen Zahlstellen während der Periodezeit erhöht wurden.

Grundmäßig der Verbesserung der Lohn und Arbeitsverhältnisse seien bedeutende Erfolge erzielt worden. Der Abschlußtag im Zwickauerbetriebe der Gasanstalten sei durchgeführt worden in Pletfeld, Elberfeld, Weln und Tumbdorf, in den beiden letzten Städten mit Hilfe anderer in Frage kommenden Organisationen. Verbesserungen für bestimmte Arbeiterkategorien seien in Pletfeld, Elberfeld, Wermun, Solingen, Düsseldorf und Mohl durchgeführt worden. Auch in Wuppel sei jetzt in dieser Hinsicht ein Fortschritt zu verzeichnen, als die Löhne der Gasarbeiter um 20 Pf. pro Tag erhöht werden seien.

Besondere Schwierigkeiten in der Situation bereiten uns die Stadt bez. Betriebsverwaltungen in Dortmund, W. Gladbach und Solingen. Besonders tat sich der Betriebsratmeister von W. Gladbach hervor, der in habituellem Verlehen die Bekämpfung des Verbandes in die Hand nahm. Er ließ nicht nur die ergründeten Tragenbahnen zu sich beschaffen, um sie von der Aufsicht des Verbandes zu übergeben; er holte sich auch den Vorstand der Filiale herein, dem er selbstvermündlich „unangelegentlich“ Ratidatlage in betref des Verbandes gab. Die Arbeiter sollten nur zu „ihm“ kommen, er werde an ihrer Rettung, er habe ein warmes Herz für die Arbeiter, die Organisation sei deshalb überflüssig. Die Arbeiter hätten nur von dem Rechte der Meistbietenden Gebrauch machen, es handle ihnen nichts im Wege, aber... Der Rest ist Scherz. In Dortmund und Tumbdorf wurde die Polizei gegen uns mittel gemacht. Außerdem habe es an Maßnahmen nicht gefehlt. Auf diesem Gebiete haben sich auch Weln, Wuppel und Solingen hervorgetan.

Genau wie die Zentralkommission, so verhalte auch die distriktliche Organisation billige Verbände zu pflegen. Die reklamierten

Erfolge des Gemeindearbeiterverbandes für sich, oder schwiegen die Tätigkeit des Verbandes los. So versucht man dies auch in Köln. Das Verhalten der Christlichen unserem Verbands gegenüber sei nichts weniger als christlich. In der einen Stadt beklagen sie sich, daß man sie zu Beratungen bei Lohnforderungen nicht heranziehe, um daran die Forderung zu knüpfen, ihm. Redner, komme es nicht auf die Einigkeit der Arbeiter an, in der anderen Stadt weise man ihn aus Versammlungen städtischer Arbeiter hinaus, in welchen man Forderungen an die Stadtverwaltung aufstellen will. Man müsse nichtdestoweniger mit den Christlichen rechnen. Besonders müsse versucht werden, mit den in den christlichen Verbänden organisierten Kollegen in Fühlung zu treten.

Das Verhältnis zu den anderen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen sei ein zufriedenstellendes gewesen. Nur mit den Fabrikarbeitern sei man gelegentlich wegen der Zugehörigkeit der Gasarbeiter zum Gemeindearbeiterverband in Differenzen geraten. Diese Differenzen seien nun ausgeglichen. Nur die Düsseldorfer Filiale des Fabrikarbeiterverbandes glaube sich noch über die Resolutionen der Zentralverbände hinwegsetzen zu dürfen. Die Angelegenheit sei der Generalkommission zur Prüfung unterbreitet worden.

Redner gibt nun den zahlenmäßigen Beleg von seiner Tätigkeit.

Auch eine Uebersicht über die Leistungen der Hauptkasse für den Bezirk gibt Redner. Aus derselben geht hervor, daß der Verbandsertrag mit Geldbewilligungen für die Agitation nicht inausfertig war.

Die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder lasse leider viel zu wünschen übrig. Die einzelnen Filialen müßten mehr Initiative in der Agitation zeigen. Auch hinsichtlich der Verwaltung lasse noch manches im Auge. Es müsse danach gestrebt werden, daß die Kollegen sich immer mehr auf eigene Füße stellten.

Zuletzt hebt noch Schäfer hervor, daß er mit den einzelnen Filialleitungen im besten Einvernehmen stehe. So müsse es immer bleiben. Er dankt für das stets ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Schäfer wolle nun zunächst auf den Unterschied hin, der hinsichtlich der Behandlung in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten zwischen heute und der Zeit existiert, wo der Gemeindearbeiterverband noch keinen Fuß gefaßt hatte. Betreffend die Christlichen bemerkt er, daß er in seiner Praxis als Arbeiter-Ausgangspunkt gefunden habe, daß dieselben die Taktik befolgten, selbst dort Forderungen zu stellen, wo sie gar keine Mitglieder hatten. Zwecklos wolle man sich bei späteren Zugeständnissen als denjenigen ausdrücken, auf dessen Konto selbige zu setzen sind. Es müsse außer dem Ausbau der Organisation auch auf die Beeinträchtigung der Arbeiterpresse Wert gelegt werden.

Debering Düsseldorf gibt einen längeren Situationsbericht. Aus demselben heben wir hervor, daß die Christlichen die Frauen von uns gewonnenen Mitglieder bearbeiteten und vielfach erreicht hatten, daß diese Mitglieder wieder verlerren gingen. Düsseldorf habe bereits schon seit Monaten den Kampffonds für die Gasarbeiter eingeführt. Jetzt habe man ab 1. September den Beitrag auf 40 Pf. festgesetzt. Er wolle noch auf das Vortreiben hin, sogenannte Judeuwasservereine zu gründen.

Conz W. Ladbach gibt eine Schilderung des Vorgehens des dortigen Oberbürgermeisters und der verschiedenen Verwaltungen gegen den Verband, die sich mit den diesbezüglichen Ausführungen Schätters decken.

Schreyer Majfel schildert in eingehender Weise den Werdegang der Filiale Majfel und deren Erfolge. Die Löhne der Arbeiter seien gestiegen. Am 26. März seien sie um Gewährung einer Feuerungszulage eingeladen, die Stadtverordnetenversammlung habe auch zugestimmt, daß der Magistrat eine Vorlage ausarbeiten wolle, was jedoch nicht geschehen sei.

Wardle Elberfeld bemerkt, daß auch im vergangen Lande die Agitation idemartig sei. Die russisch polnischen Arbeiter seien vielfach eher für die Organisation zu haben als die Einheimischen.

Kamppe Pöfeld: Unsere Filiale ist noch sehr jung. Wir haben mit unserer Taktik gute Erfolge gehabt.

Kumm Düsseldorf legt den Vorschlag der Hausagitation dar. Vielleicht wäre es nicht unangebracht, den Sitz des Kollegen Schäfer nach Düsseldorf zu verlegen.

Reumann Köln widerspricht Kumm. Der Gauleiter müsse in Köln bleiben.

Wohls Berlin bemerkt, daß er sowohl als auch der Gesamtverband wünsche, daß der Bezirk Rheinland Westfalen schwerer gemacht zu werden. Trotzdem könne man mit dem bisherigen Erfolgsverlauf zufrieden sein. Zum Verlangen und Meinungsabgleichung liege gar kein Anlaß vor. Den Sitz des Kollegen Schätzer nach Düsseldorf zu verlegen gebe nicht an. Daran könnte gedacht werden, wenn Köln dazu übergehe, einen Lokalbeamten vorzustellen. Der Vorstand habe für den Bezirk getan, was er tun konnte. Damit sei er zufrieden, daß der Bezirk begrenzt wurde, um die Parteien besser betreiben zu können. Der Vorstand habe ja bereits damit einverstanden erklärt, daß Pöfeld, Gerfeld und Majfel mit 8. Wenden vom Bezirk Schäfers abgeteilt werden.

Diese Zahlstellen sollen dem Bezirk Hannover zugeteilt werden. Dieser Bezirk wird am 1. Januar mit einem besoldeten Leiter besetzt. Mit der Einstellung von Beamten müsse ja auch vorsichtig vorgegangen werden. Vor allem hapere es an den hierzu nötigen Mitteln. Der Verband müsse jetzt viel mehr an Streikunterstützungen bezahlen wie ehedem. Redner gibt nochmals seiner Zufriedenheit mit der seitherigen Tätigkeit des Kollegen Schäfer kund. Die Erfolge seien sicher noch besser gewesen, wenn die einzelnen Kollegen etwas mehr mitgearbeitet hätten. Die Beratungen der Konferenz zeigen, daß Intelligenz vorhanden sei. Kollege Schäfer müsse von ihnen besser unterstützt werden, damit selbiger der Agitation in der Provinz mehr Aufmerksamkeit schenken könne. Bei Streiks müsse vor allem darauf gesehen werden, daß die in Frage kommenden Kollegen längere Zeit organisiert sind. Das Bedauern der Fabrikarbeiter hinsichtlich der Gasarbeiter in Düsseldorf beschäftigte zurzeit die Generalkommission.

Schäfer Köln bemerkt in seinem Schlußwort: Hoffentlich sei Köln bald so weit, daß dortselbst ein Lokalbeamter freigestellt werden könne. Nebenfalls hoffe er, daß die Kölner Delegierten wahrheitsgetreuen Bericht geben werden. Dann würde es auch hinsichtlich der steten Mitarbeit der Kölner Kollegen besser werden. Redner schließt mit der Aufforderung an die Delegierten, auch in Zukunft Hand in Hand mit ihm zu arbeiten.

Die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung sind hiermit erledigt. Zum Punkt 4 erhält das Wort Zentralvorstandender

Wohls Berlin. Unser letzter Verbandstag hat eine Reihe Neubestimmungen getroffen, die von weittragender Bedeutung für unsere Organisation sind. So habe er die Grenzstreitigkeitsfrage und die Frage der Taktik in der glücklichsten Weise gelöst. Das neue Statut sei den Anforderungen, die man heute an eine leistungsfähige Arbeiterorganisation stellt, angepaßt. Der Satz, wonach wir die alleseitige Interessenvertretung mit Ausschluß der aller parteipolitischen und religiösen Fragen bezwecken, sei dahin geändert worden, als die Worte: mit Ausschluß der parteipolitischen und religiösen Fragen gestrichen worden seien. Wir könnten uns in unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht ganz der Politik fernhalten. Wohl der hohen Politik, nicht aber der Interessenspolitik, die zu treiben in unserer aller Interesse liege. Besonders müßten wir die politischen Parteien in den Stadtverordnetenversammlungen überwachen. Wir hätten aber auch allen Anlaß, bei Kommunalwahlen mit einzugreifen, nicht nur aus politischen, sondern auch aus Gründen wirtschaftlicher Natur. Redner kommt auf die Beitragserhöhung zu sprechen, die er in eingehender Weise begründet. Bei den Lohnbewegungen müsse eine gewisse Wahrung der Politik Platz greifen. Die Bestimmungen für die Lohnbewegungen usw. müßten genau befolgt werden. Das Besondere des im jetzigen Statut enthaltenen § 3 d würde sich bei der Agitation angenehm fühlbar machen. Kollege Wohls gibt noch eine Reihe mitkräftiger Weisungen verwaltungsgewaltiger Natur, über die Wahrung von Rechtschutz, die Auszahlungen der im neuen Statut vorgesehene Unterstützungen usw. Die Einrichtung der Konferenzen wird sich mit der Zeit wohl auch segensreich zur die Bewegung erweisen. Alles in allem genommen habe der Verbandstag gute Arbeit gemacht. Es sei Pflicht jeder einzelnen Filiale, die bezüglichen Beschlüsse strikte durchzuführen. Gehebe das, so würden wir uns Respekt verschaffen bei den Behörden, wie im eigenen Lager.

Es werden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt. Vor Stattfinden der Konferenz besichtigten die Delegierten und eine Anzahl Gäste das neue Gaswerk Grafenbera. Die Führung hatten die Ingenieure Tebrud und Burgemeister übernommen.

**Notizen für Gasarbeiter.**

Dresden. Der Arbeitendtag ist hier für die Feuerleute der Gasanstalten nun definitiv eingeführt worden. Vom 1. Juni ab war er zur Probe eingeführt. Diese Probe ist so günstig verlaufen, daß man sich zur endgültigen Verbeibehaltung entschloß. Es hat sich gezeigt, daß die Gasproduktion dicitelbe geliebten ist. Weiter hat sich aber die Krankenziffer, die vordem eine ziemlich hohe war, ganz gewaltig verringert. Es wird nun Aufgabe der Gasarbeiter im Verein mit der Organisation sein, diese Arbeitszeiteinteilung auch auf die übrigen Arbeiter der Gasanstalten auszudehnen, sowie die verschiedenen noch bestehenden Mängel zu beseitigen.

**Aus unserer Bewegung.**

Berlin. In einem wahrhaft imponanten Maskenball waren Tausende von Kollegen am verflochtenen Mittwoch zu Kellers in der Steppenstraße geeilt. Kollege Wusch referierte über den neuen Etat und unsere Forderungen und wußte während einer vollen Stunde die Zuhörer zu packen, welche durch lebhafteste Beifallsunterbrechungen bewiesen, daß der Redner aus dem Herzen der gütigen Köpfe sprang.

Menge sprach. Besonders die neueste sozialpolitische Helbentat wurde ins rechte Licht gerückt, wie auch die nachfolgenden Medner, die Kollegen Schabel, Wefolowsky, Polensky, Maspski und Dittmer im Sinne des Meisters eine notwendige allgemeine Lohnerhöhung sowie bis zur Genehmigung eine Feuerungszulage verlangten. Namens der sozialdemokratischen Fraktion bezeichnete auch Stadt. Hingje die Erhöhung der Löhne als ein Gebot der Notwendigkeit und forderte zum engsten Zusammenschluß im Verbands auf, denn nur dadurch wird den bereits eingereichten Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion der nötige Nachdruck verliehen. Es wurden nachfolgende Resolutionen einstimmig angenommen:

Die in den Betrieben der Stadt Berlin und der Imperial-Continental-Gas-Association beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen haben am 3. Oktober in einer von 3000 Personen besuchten Versammlung im Kellerschen Saale zu ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen Stellung genommen.

Die Versammelten fordern, da die schon längst einer Aufbesserung bedürftigen Löhne bei der jetzt immer sublimarer in die Erscheinung tretenden Teuerung nicht entfernt mehr zur Beschaffung der notwendigen Erhaltungsmittel ausreichen, eine allgemeine Lohnerhöhung. Um aber dem zurzeit herrschenden Mangel bis zur Einführung des neuen Etats zu begegnen, fordern die Versammelten gleichzeitig die Gewährung einer Feuerungszulage.

Ferner erwarten die Versammelten angesichts des in vielen städtischen Betrieben Berlins noch immer üblichen unerhöht niedrigen Anfangslohnes, daß derselbe endlich — wie schon in dem eingereichten Entwurf der Allgemeinen Arbeitsordnung gefordert — auf mindestens 4 M. erhöht wird. Auch halten die städtischen Arbeiter an dieser Allgemeinen Arbeitsordnung nach wie vor fest und sehen deren baldiger Einführung mit Bestimmtheit entgegen.

Die Versammelten sind sich aber ferner darüber klar, daß eine wirklich werdmäßige Genaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur durch ein solidarisches Zusammenwirken aller Kräfte in einer starken widerstandsfähigen Organisation zu erreichen ist. Sie verpflichten sich deshalb, für den Anbruch aller Kollegen und Vorgesetzten an die für sie allein in Betracht kommende Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, energisch zu wirken.

## II

Bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die den Sommerurlaub betreffende Magistratsverfügung vom 17. August d. J. hat der Herr Magistratsverwalter in der Stadtverordnetenversammlung Ansichten geäußert, die nicht unbedenkenlos bleiben dürfen.

Herr Stadtrat Ramsau hat behauptet, daß die übermäßige Rechtheit der Arbeiter die Berechtigung der Magistratsverfügung einricht.

Demgegenüber erklären die heute im Kellerschen Saale versammelten städtischen Arbeiter, daß das direkte Gegenteil zutreffend ist, und verwahren sich entschieden gegen eine Verkirzung ihrer so sorgfältig bemessenen Rechte durch eine solche Verfügung, die jedes Verständnis für die soziale Lage des Arbeiters vernichten läßt.

**Berlin IV: Mariendorfer. (Möhrenwäsche.)** In Nr. 38 der „Gewerkschaft“ wurde über den Verrat des Vorstandes des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter (Wisch-Tandler) im Gaswerk Mariendorfer berichtet. Die Berliner Zeitung des Gewerkschaftsmachtes nun den Versuch, die im obengenannten Bericht enthaltenen Tatsachen als unklar hinzustellen und den Vorstand des Ortsvereins zu rehabilitieren. Zu diesem Zwecke hatte sie zum Sonntag, den 21. September, die Arbeiter des Gaswerks zu einer öffentlichen Versammlung in das Lokal von Naub eingeladen. In der Einladung hieß es: „In dieser Versammlung sollen die Unwahrheiten, welche über unsere Organisation, sowie über den Bestand des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter verbreitet worden sind, zurückgewiesen werden.“ Doch nie ist ein Recht fertigungsversuch öffentlich verlaufen. Der Berliner Leiter des Gewerkschafts Herr Kutzsch hatte die Möhrenwäsche übernommen. Die Audienz beim Präsidenten des Werkes im vorigen Herbst konnte er nicht in Abrede stellen. Ebenso mußte er zugestehen, daß das Mitglied des Gewerkschafts Komrad in den Ausbaurichtungen gegen die Anträge der Arbeiter gestimmt habe. Die Behauptung jedoch, daß der Vorstand des Ortsvereins in der fraglichen Audienz arbeitswillig angehen habe, sei eine Verleumdung, sein Wort sei davon wahr. Zur Unterbindung dieser Angelegenheit sei vom Ortsverein eine dreigliedrige Kommission gewählt worden. Dieser Kommission gegenüber habe nun Herr Köhmer, der Dirigent des Gaswerks, erklärt: „Aber sei nichts bekannt, daß der Vorstehende Naub in der fraglichen Audienz der Verwaltung im Falle eines Streikes die Unterbindung des Gewerkschafts angeboten habe.“ Damit, meinte Herr Kutzsch, sei bewiesen, daß diese Behauptungen zu Unrecht erhoben seien. Wir zweifeln keinen Moment daran, daß sich Herr Köhmer der damaligen Unter-

redung nur noch schwach erinnern kann; bei seiner umfangreichen Tätigkeit als Dirigent eines großen Werkes kann dies nicht wundernehmen. Der Audienz haben aber noch drei andere Arbeiter, damals Vorstandsmitglieder des Ortsvereins, beigewohnt! Zwei von ihnen waren in der Lage, den Wortlaut der Äußerung des Naub wiederzugeben. Danach hat Naub gesagt: „Der Ortsverein werde im Fall einer Mobilmachung der Direktion den Mühen deden.“ (Wörtlich.) Des weiteren habe er noch hinzugefügt, die Betriebsleitung wolle nun auch ihrerseits dem Ortsverein Entgegenkommen zeigen. Der Ortsverein in Stärke von 60 Mann würde in der Lage sein, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Diese Ausführungen von Augen- und Ehrenszeugen gegenüber mußten alle Beschlüssen und Verfassungsveränder der edlen Wünsche versagen. Die Versammlung bedeutete denn auch eine völlige Niederlage für sie. Sogar die eigenen Mitglieder des Ortsvereins sprachen sich in scharfster Weise gegen die Modifikationen ihrer Leitung aus. Eine Resolution, welche das Gebahren der Ritsche beurteilt und im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die allein zuständige Organisation erblickt, wurde von der fast besuchten Versammlung gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Versammlung hatte aber noch ein Nachspiel. Nach Annahme der Resolution verließ der größte Teil der Versammlungsbesucher das Lokal. Die zurückbleibenden Mitglieder der Ritsch-Tandlerischen konnten aber auch diese Versammlung nicht beenden, ohne ihr Konto durch ein neues Vorkaufsmitglied zu belasten. Man fiel über ein zurückgebliebenes Verbandsmitglied her, während das Vorstandsmittglied Anode denselben am Kasse festhielt, ließ ihn der Schriftführer Starra mit den Fäusten und zwei weitere Mitglieder schlagen mit den Fäusten auf ihn ein. Ein anderer Kollege konnte sich nur noch durch einige Ründe dem gleichen Schicksal entziehen. Derselben Leute aber sind es, die bei jeder Gelegenheit über Terrenien schreiben. Morderei nach oben, brutales Vorgehen gegen den Schwächeren sind die Merkmale dieser „Arbeiter“-Organisation.

**Grüner.** Mitgliederversammlung vom 20. September. Als erster Punkt der Tagesordnung stand zur Verhandlung: „Unsere Beitragsverhöhung und welche Vorteile gewährt uns dieselbe.“ Das einleitende Referat hatte der Kollege Kurr übernommen. Redner führte aus, daß unsere Beitragsverhöhung eine unumgängliche Notwendigkeit zur Weiterentwicklung unseres Verbandes sei, und daß nur eine gefüllte Kasse den Kollegen die Gewähr bietet, bei Lokalkämpfen und Streiks als Sieger hervorzugehen. Redner ersuchte die Kollegen, sich nicht der Beirachtung hinzugeben, daß man durch die erhöhten Beiträge eine Mitgliederabnahme zu verzeichnen hätte, denn die Beitragsverhöhungen anderer Verbände haben das Gegenteil bewirkt. Durch die Beitragsverhöhungen sind auch die Unternehmenseinrichtungen bessere geworden, und es steht zu erwarten, daß uns die Weiterentwicklung unserer Organisation in Zukunft besser gelingen wird als vormals. Mit einem Appell an die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und in diesem Sinne weiter zu wirken zur Ehre unseres Verbandes und der Kollegen, schloß Redner seine Ausführungen, worauf ihn die Versammlung durch reiches Beifall dankte. Zur Deckung der finanziellen Notlage in der Hauptkassa bewilligte die Versammlung 10 Mk. Der Kassierer wurde beauftragt, diesen Betrag alsbald auszubestellen. Alsdann kamen die Verhältnisse auf den Gasanlagen zur Sprache. Naub scheint es, als hätte der Verlauf des Gasarbeiterstreiks in Göttha dem hiesigen Direktor den Weg gezeigt, den er künftig wandeln soll. Mein Wunder, ist er doch mit dem Götthaer Direktor eng befreundet. Seit einiger Zeit hat die hiesige Verwaltung von einem Tiefbauunternehmer Leute zur Erdarbeit „geholt“. Diese „gehobenen“ Leute werden den einzelnen Mannern der Gasanhaltsarbeiter zugeteilt. Der Tiefbauunternehmer erhält für jeden von ihm geteilten Arbeiter 50 Pf. Stundenlohn, wovon die betreffenden Arbeiter 36 Pf. erhalten. Den übrigen Betrag stellt der Unternehmer für seine „unbelebte“ Arbeit ein. Die Arbeiter der Gasanlage sind nun mit Recht darüber entsetzt, daß ihre Verwaltung für jeden dieser Arbeiter 50 Pf. Stundenlohn zahlen kann, während die von ihr eingestellten Arbeiter mit 30 Pf. für die Stunde entlohnt. — Nach mehrjähriger Arbeitsdauer kann dieser horrenden Lohn bis auf 34 Pf. angehört werden, über den hinaus er nicht kommen, wenn sie nicht das Glück haben, mit dem Titel: „Mobillegerehler“ besetzt zu werden. Wenn die Verwaltung aber schon in der Lage ist, für jeden Arbeiter des Unternehmers 50 Pf. zu zahlen, warum stellt sie denn nicht wenigstens ihre eigenen Arbeiter auf dieselbe Lohnstufe, auf der die Arbeiter des Unternehmers stehen? Die Gasanlage ist doch ein öffentlicher Betrieb und sollte vorbildlich für andere sein. Eder zählt das auch zu den vielversprochenen Wohlhabenseinrichtungen? Der Zweck, den die Verwaltung der Gasanlage mit diesem Vorgehen verfolgt, ist durchsichtig genug. Sie weiß, daß die Geduld ihrer Leute bei der niedrigen Entlohnung und für die äußerst schwere Arbeit auch einmal erdort werden kann; deshalb müssen Arbeiter herangeführt werden, die im Notfall auszuheilen in der Lage sind. Wir meinen, die Verwaltung der Gasanlage brauchte diese Einrichtungen gar nicht zu haben, wenn sie ihre Leute so entlohnt und so behandelt, wie diese es verdienen. Sie sollte sich berechnen



reichen wunder-  
ter, da-  
wei von  
Mauhut  
werde  
beden.“  
etriebs-  
kommen  
in der  
bringen  
schön-  
n. Die  
für sie,  
ich in  
s. Eine  
und im  
ständige  
umlung  
ch An-  
mlungs-  
Stich-  
enden,  
an fiel  
nd das  
sch, ihn  
e Mit-  
Stellige  
e ent-  
genheit  
e Vor-  
beiter“.  
l. Als  
Unsere  
Das  
Medner  
de Mol-  
nd daß  
tet, bei  
mer er-  
ch man  
zeichnen  
nd daß  
uch die  
zu er-  
tion in  
pell an  
Sinn  
Kollegen,  
umlung  
Kollage  
Der  
enden.  
Sprache,  
eils in  
künftig  
Direktor  
ng von  
Diese  
r Gas-  
alt für  
von die  
na steht  
Arbeiter  
re Ver-  
ann, für  
die  
dieser  
hinanz  
Ziel:  
g aber  
so ist,  
eigenen  
Unter-  
Betrieb  
zu den  
e Ver-  
durch-  
bei der  
it auch  
beran-  
ge sind,  
ese Ver-  
ent und  
chtigen

Forderungen nicht verschließen und würde sie dann mit einem  
sichtigen und gut eingearbeiteten Personale rechnen können. Für  
die Arbeiter aber würde es gut sein, wenn der Verwaltung auch  
einmal zeigen zu können, daß auch sie eine Kraft bilden, daß sie  
sich mehr als bisher um ihre Organisationen kümmern, an deren  
Beratungen regen Anteil nehmen und kräftig für die Verbreitung  
der Ideen und Ziele unseres Verbandes sorgen.

**Heilbronn.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte  
am 8. September im Gasthaus zur Rose. Kollege Altwater  
sprach über das Thema: „Die Lohnforderung der städtischen Ar-  
beiter und die Lebenslage derselben“. Eingangs seiner Aus-  
sicherungen kam der Redner auf die vor zwei Jahren an den Ge-  
meinderat gerichtete Eingabe der städtischen Arbeiter an diesen  
Erat um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurück.  
Vorder sei von den gestellten Forderungen nur ein kleiner Bruch-  
teil im vorigen Jahre bewilligt. Die Lebenslage der städtischen  
Arbeiter ist aber nicht gebessert worden bei den letzten Lebensmittel-  
preisen. Es ist schier unmöglich, mit Löhnen, wie sie hier gezahlt  
werden, auszukommen. Die hiesigen städtischen Arbeiter verlangten  
Abänderung des Stundenlohnes und Einführung einer Lohnskala  
mit vier Klassen. Lohnklasse I Anfangslohn 4 Mk., alljährlich um  
10 Pf. pro Tag steigend bis zu 5 Mk. für Steinhauer steigend  
bis zu 6 Mk. Diese Klasse soll gelten für Handwerker aller Berufs-  
zweige, Schlosser, Radmacher, Metzger, Metzgerarbeiter des Gaswerks,  
Lohnklasse II Anfangsgehalt 3,50 Mk., alljährlich um 10 Pf. pro  
Tag steigend bis zu 4,50 Mk. Gültig für Gärtner, Vorarbeiter  
beim Tiefbauamt, Mechaniker und Arbeiter im Kohleneschuppen  
des Gaswerks. Lohnklasse III Anfangslohn 3 Mk., alljährlich um  
10 Pf. steigend bis zu 3,80 Mk. Gültig für Tagelöhner aller Be-  
triebe. Lohnklasse IV Anfangslohn 2,20 Mk., alljährlich um 10 Pf.  
pro Tag steigend bis zu 3 Mk. Gültig für Arbeiterinnen des Stadt-  
bades und Postfrauen. Ferner haben die städtischen Arbeiter ver-  
langt Verabreichung der in die Woche fallenden Feiertage, Zuschlag von  
50 Prozent für Sonntagsarbeit, Gewährung eines Urlaubes für  
Arbeiter, die 2 Jahre lang ununterbrochen bei der Stadt beschäftigt  
sind, Verabreichung des Unterschiedes zwischen Lohn und Arantensgeld  
in Krankheitsfällen, Einrichtung einer Ferienkassa. Von all  
diesen Forderungen ist bis jetzt nur durchgeführt die Verabreichung  
der in die Woche fallenden Feiertage und vorzeichen ein Betrag für  
die Ferienkassa. Den Ausschluß dieser Forderungen hat sich  
die wirtschaftliche Lage grundlich geändert. Alle Lebensmittel und  
Verkehrsartikel sind im Preise kolossal gestiegen. Schon vor zwei  
Jahren hat ein beim Tiefbau beschäftigter verheirateter Arbeiter  
seine Jahresausgaben, denen die bestehenden Ansprüche zu  
Grund lagen, auf 1169 Mk. angegeben. Um diese Summe zu er-  
reichen, mußte er einen Zuschlagszuschlag von 371 Mk. gehabt  
haben, aber die meisten städtischen Arbeiter haben einen we-  
geringeren Tagelohn, viele nur 2,50 Mk. und noch weniger, woraus  
herberacht, daß sie alle an Hungerarbeiten leiden. Die Stadt-  
verwaltung hat die Pflicht, die Arbeiter so zu bezahlen, daß sie sich  
schlecht durchs Leben schlagen können. Es muß also ein Mindest-  
Lohn von 3 Mk. gefordert werden. Kollege Sedemann, Mann-  
heim, referierte alsdann über den Zeit und Nutzen der Organi-  
sation im allgemeinen und gab der Heberzeugung Ausdruck, daß  
wenn die städtischen Arbeiter sanftlich organisiert wären, die Stadt-  
verwaltung ihre Forderungen schon längst bewilligt hätte. Es  
sei ein fähiger Standpunkt, wenn die Arbeiter hinaus dem Vier-  
tel sich schrieben, ernstlich sich zu organisieren, um gemeinsamen be-  
besseren Verhältnisse zu schaffen. Auch auf den Gemeinderat konnte man  
sich nicht immer verlassen, die Arbeiter müssen selbst ihre Zuständig-  
keit tun. Beiden Rednern wurde lebhafter Beifall gewährt. Zur  
Diskussion meldete sich niemand, worauf folgende Resolution ein-  
stimmig angenommen wurde: „Die heute, den 8. September im  
Gasthaus „zur Rose“ stattfindende öffentliche Versammlung der  
Gemeindearbeiter der Stadt Heilbronn erklärt sich mit den Re-  
ferenten vollständig einverstanden. Die Versammelten beauftragen  
die Verbandsleitung, unverzüglich die ihr geeignet erachtenden  
Schritte einzuleiten, um wenigstens die äußerst notwendige Ver-  
besserung ihrer Lebenslage herbeizuführen.“

**Stettin.** Mitgliederversammlung vom 28. September. Kollege  
Niedel, Berlin sprach über „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“  
und entwickelte in großen Zügen ein Bild über die Mängel, die sich  
in letzter Zeit zwischen unserer Organisation und verschiedenen  
Stadtverwaltungen abgezeichnet haben, um daran anschließend den  
Anwendenden zu zeigen, wie unbedingt notwendig es ist, planmäßig  
und bestimmt nach dieser Richtung hin vorzugehen. Mehrere Bewillig-  
te des Redner am Schluß seiner Ausführungen. An der Dis-  
kussion beteiligten sich die Kollegen Stolzenburg und Gündemann.  
Hierauf erfolgte die Wahl der an-geliebten Vorstandsmitglieder.  
Es wurden gewählt: Kollege Zielaff als Mittlerer, Roth als  
weiter Vorsitzender, Güte als Revisor, Müller als weiter  
Schriftführer. Zum Ausschuss derjenigen Gasarbeiter, welche den  
Vertreter an ihren Arbeitsbrüder gewählt haben, nahm Kollege  
Rohlfad das Wort. Redner kritisierte schon das Verhalten dieser  
Kollegen, welche sich nicht identen, die von ihnen einmal gefassten  
Beschlüsse zu übertreten und ihre Kollegen, mit denen sie Jahre lang  
zusammen gearbeitet hatten, so erbärmlich im Stich zu lassen. Es

gibt für uns nur ein Mittel und das ist, diese Leute öffentlich an  
den Pranger zu stellen. Redner ging des näheren auf den Streit  
ein und stellte fest, daß die Herren Meister ein gut Teil Schuld auf  
sich geladen haben, denn gerade sie wären diejenigen gewesen, welche  
die Handwerker dazu aufgefordert haben, die Arbeit niederzuliegen.  
Nachher wußten sich die noblen Herren die Hände in Unschuld und  
verrieten selbst die Arbeit, die früher von den Ausständigen voll-  
bracht wurde. Hier zeigt sich deutlich das so viel gepriesene  
„harmonische Zusammenarbeiten“ mit den Meistern. Die Gas-  
arbeiter werden hauptsächlich die Konsequenzen daraus ziehen. Ist  
nun einmal der Streit zumungunsten der Gasarbeiter ausgefallen,  
so gilt es für uns nicht den Kopf hängen zu lassen, sondern kräftig  
weiter zu agitieren und für Aufklärung zu sorgen. Hierauf wurde  
einstimmig beschlossen, folgende Gasarbeiter aus dem Verbande aus-  
zuschließen: Piepenhagen, Pehle, Rode, Meier, Grunewald und  
Hehmle wegen Streikbruchs. Des weiteren wurde beschlossen, eine  
intensive Agitation unter den städtischen Arbeitern zu entfalten.  
Dieser Beschluß wurde der Filialleitung zur näheren Prüfung  
überwiesen.

**Wiesbaden.** Am 28. September fand eine mäßig besuchte  
Mitgliederversammlung statt, welche Stellung nahm zu dem Schreiben  
des Hauptvorstandes betreffs Bewilligung von Geldmitteln aus den  
Vorkassien zur Unterbringung streikender und ausgeschwerrter Kollegen.  
Es wurde beschlossen, dem Hauptvorstand 150 Mk. leibweise bis  
1. April 1907 zur Verfügung zu stellen. Kollege Weber und Rudy  
erstatteten alsdann Bericht über die letzten Kartelligungen. Besonders  
wurde das Herbergswesen unter die Lupe genommen und die Kollegen  
ermahnt, auch Mitglieder der Bauernverbandsvereine zu werden,  
damit ein jeder Kollege an den sozialen Arbeiten in Wiesbaden teil-  
nehmen kann. Im weiteren wurden, da in letzter Zeit die Mitglieder-  
versammlungen nicht zum besten beiecht wurden, Anregungen gegeben,  
die Versammlungen auf einen anderen Tag zu verlegen, indem durch  
den Wechsel des Lokals auch die Versammlungen verhöfchen worden  
seien, oder man solle den ersten Freitag eines jeden Monats zu den  
Mitgliederversammlungen festlegen. Dieser Antrag wurde angenommen,  
und somit findet die nächste Versammlung am Freitag den 21. No-  
vember bei Gastwirt Viegler statt. Wir bitten alle Kollegen, wegen  
der wichtigen Tagesordnung vollständig zu erscheinen. — **Appell!** Die  
Verhältnisse der städtischen Arbeiter, insbesondere aber auch das Ver-  
halten der Kollegen der Organisation gegenüber, bedarf einer heftigen  
Kritik. Wenn man in letzter Zeit die Versammlungen überhaut  
und an den Arbeitstätten die Kollegen in ihrem Handeln beobachtet,  
so muß man auf den Gedanken kommen: Ja, ist denn die Gemeinde-  
arbeiterorganisation eingeschlafen? Das ist sicher nicht der Fall.  
Aber die Heberarbeit in einzelnen Betrieben, die Unbilligkeit unter  
den Arbeitern selbst, tragen ein gut Teil Schuld an diesen Verhält-  
nissen. Einige Worte zu den Verbesserungen, die in letzter Zeit von  
seiten der Gemeindegewerkschaft für die Arbeiter gegeben wurden. So  
haben die Stadtverordneten jüngst beschlossen, für die Feiertage, welche  
in die Woche fallen, einen halben Tagelohn zu vergüten; diejenigen,  
welche arbeiten, erhalten 50 Proz. Lohnzuschlag. Ferner soll allen  
Mitteln von Arbeitern, welche zwei Jahre bei der Stadt beschäftigt  
waren, beim Todesfall ihres Mannes ein Sterbegeld in der Höhe  
eines Monatsverdienstes gewährt werden. Von 31 Tage nach dem  
Tode tritt das Wittwengeld in Kraft. Auf der Gasanstalt ist für  
alle Feuerhansarbeiter die Kassenversicherung eingeführt. Hierzu  
kommen der Erholungsurlaub und sonstige kleinere Verbesserungen.  
Man muß also sagen, daß wir schöne Erfolge erzielt haben. In der  
Hauptstadt danken wir dies der Organisation. Darum, Kollegen,  
werft die Schlafhaube ab; hebt mit uns, was zu sein an der Weiter-  
entwicklung und dem Ausbau unserer Organisation. Denn Einigkeit  
macht stark!  
J. P.

**Rundschau.**

Die Berliner sozialdemokratische Stadt-  
verordnetenfraktion hat bei der Stadtverordnetenver-  
sammlung folgenden Antrag eingebracht:  
„Die Versammlung wolle beschließen:  
1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in ge-  
nehmster Reputation über eine durch die gegenwärtigen Verhält-  
nisse dringend gebotene Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter  
für das nächste Etatsjahr 1907 zu beraten.  
2. Inzwischen ersucht die Versammlung, den in der städtischen  
Verwaltung beschäftigten Arbeitern, die nicht mehr als 2000 Mk.  
Einkommen haben, eine Feuerungszulage von 75 Mk., zahlbar in  
zwei Raten zu 25 Mk., zu gewähren.“

Allgemeine Arbeitsordnung in Dresden.  
Am 27. September sollte das Stadtverordneten-Kollegium die Um-  
änderung der allgemeinen Arbeitsordnung beraten. Vom Rat  
waren einige Beschlüsse hierzu gemacht. Einen dieser Reform-  
beschlüsse wollen wir hier anführen: „Es ist den Arbeitern bei  
Strafe sofortiger Entlassung verboten, ihren Mitarbeitern wegen  
ihrer Inaktivität oder Nichtausübung zu einer Gewerkschaft  
Beiträge zu machen, oder in irgend einer Weise zu belästigen.“  
Schon dieser eine Vorfall ist bezeichnend genug. Die anderen

Abänderungen betrafen die Gewährung eines Rechtsanspruches an den Fabriklohn, sowie die Wanderung des Wahlrechtes zu den Arbeiterausschüssen. Diese Vorschläge waren nun auch vom Ausschuss im Plenum zum Beschluß empfohlen worden. Die jetztbeimotivierten Abgeordneten machten aber einen solchen Schritt durch die Nachtrag, indem sie ein ganzes Bündel Anträge einreichten, ebenso lag auch eine längere Eingabe der Organisation vor. Diese Dinge konnte man nicht so mit nichts da nicht ignorieren. Die Geschichte wurde wieder in den Ausdehnung zurück geworfen. Wie wollen hoffen, daß diese monströse Bestimmung nimmermehr platzt unter den Tisch fällt!

Der Erfurter Lokal Verein der städtischen Arbeiter hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, den Oberbürgermeister Dr. Schmidt zum Ehrenvorsitzenden und den Polizeikommissar Mundt zum Ehrenmitglied zu ernennen. Leider wurde dabei nicht mitgeteilt, welche Verdienste sich die beiden Herren schon um die städtischen Arbeiter erworben haben. Schließlich bedeutet es doch noch kein Verdienst, wenn Herr Dr. Schmidt einmal zu einer Festlichkeit des Vereins erscheint und sich hier anheben läßt. Im übrigen meinen wir, daß es diesen städtischen Arbeitern nun an nichts mehr fehlen kann. Die beiden Ehrenmitglieder werden nun mit ihrer ganzen Person für die Interessen der städtischen Arbeiter eintreten — oder auch nicht! Nur unsere organisierten Kollegen in Erfurt wird es wohl noch hart: Arbeit geben, um gegen solchen Zerzivismus anzutampfen!

Die Organisation der Kollektiven Arbeiter und Hilfsarbeiter sowie beim Schmelzwerk und der Milchzentrale hat in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Berliner Arbeitervereine können hier helfend eingreifen, indem sie sich die jungen braunen Anwesenheiten des Handels- und Transportarbeiterverbandes vorlegen lassen.

Trotz steigender Löhne schlechtere Murrina. Einen weiteren Beweis dafür, daß trotz der gesteigerten Löhne die Lebenshaltung der Arbeiter keine Bessere, sondern eine schlechtere geworden ist, bietet der Geschäftsbericht des zweitgrößten deutschen Konsumvereins Leipzig-Blagoda. In der Generalversammlung am Sonntag, den 30. September, führte nämlich der Geschäftsführer Johannes aus, daß die Geschäftsbilanz des Konsumvereins durch den Kostanrückgang bedingt worden seien und in Zukunft nach mehr Licht sein werden. Wohl sei das letzte Jahr ein Preisverfalljahr im deutschen Wirtschaftsleben gewesen, wohl haben die Löhne der Arbeiter etwas angezogen. Aber dieser Vorteil sei doppelt und dreifach durch die Steigerung der Lebens- und Genusmittelpreise wieder aufgefressen worden. Der Umsatz sei allerdings um 207.888 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen. Das Kapitalgehalt ein Durchschnittsumsatz im Jahre 1904 von 22,70 Mk., im Jahre 1905 von 21,30 Mk. und im Jahre 1906 von 27,37 Mk. Aber der Warenumfang in deshalb nicht gestiegen. Trotzdem das einzelne Mitglied im Jahre 1906 mehr Geld an den Konsumverein bei seinem Kaufe bezahlt hat, hat es nicht mehr Waren dafür bekommen als im Vorjahr.

Der Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule für das vierte Quartal 1906 zeigt folgende Einteilung. Montag: Geschichte (Hr. Maurenbrecher). Die große französische Revolution (1789-1799). Dienstag: Soziale Bewegung (Zinnen-Staenke). Deutsches Arbeiterrecht. 1. Teil. Das Recht des gewerblichen Arbeitsvertrages. Mittwoch: Naturerkenntnis (H. G. Voegel). Die Abstammungslehre und die Lehre Darwins. Donnerstag: Medizinische Schule (Julian Vorhardt). Freitag: Nationalökonomie (Hr. Grunwald). Die Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. Sonnabend: Vortragsabende (Heinrich Strobel). Die deutsche Dichtung im Zeitalter Goethes. Montag: Fortschrittstheorie in Nationalökonomie (Julian Vorhardt). Der Unterricht beginnt am Montag, den 15. Oktober in dem neuen Heim der Schule, Grenadierstraße 37. Alle Zuschriften sind an den Vorlegenden Hermann Lammé, Berlin S. 39, Kreutzgäßchen 3, 1. Euergebäude 4 Tr. zu senden.

**Verbandsteil.**

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:  
Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24. Telefon: Amt VI, 6488.

**Gauleiter-Gesuch.**

Für den demnächst zu errichtenden Gau Nürnberg suchen wir zum baldigen Antritt einen Gauarbeiter, welcher nach absolvierter Probeleistung event. als Gauleiter eingestellt werden soll. Der Gehalt beträgt für das erste Vierteljahr 100 Mk. und dann 1500 Mk. pro Jahr. Bei Aufstellung als Gauleiter kommen die vom Verbandstag beschlossenen Gehaltsstufen von 1000-2000 Mk. in Betracht. Interessenten werden, unter Einreichung eines Lebenslaufes

und eines kurzen Berichtes über die seitherige gewerkschaftliche Tätigkeit, bis zum 20. Oktober 1906 an den Verbandsvorstand, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24, erbeten.

Unter den gleichen Bedingungen sollen für den 1. Januar 1907 zwei Hilfsarbeiter für den Gau Stommberg und Hannover eingestellt werden. Gefällige Ertheilung und bis 1. November 1906 beim Verbandsvorstand einzureichen. Der Verbandsvorstand.

Berlin. Die Kollegen werden dringend ersucht, alle Zusendungen für die Ortsverwaltung in Zukunft unpersonlich zu senden. Die Adresse lautet also:

An die Ortsverwaltung  
Berlin SW. 13, Alte Jakobstr. 145, pt.  
Die Ortsverwaltung Berlin.

**Quittung der Hauptkasse.**

Im Monat September gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:  
Für das II. Quartal 1906: Dortmund 55,96 Mk., Gera 39,50 Mk., Göttingen 65,30 Mk., Gumburg 6 Rate 1254,56 Mk., 7. Rate 107,65 Mk., Leipzig 5 Rate 19,36 Mk., 6. Rate 8, Mk., Mülhausen i. C. 3. Rate 83,23 Mk.  
Für das III. Quartal 1906: Breslau 2. Rate 250, - Mk., Geln a. Rh. 2. Rate 300, - Mk., Dresden 2. Rate 1400, - Mk., Frankfurt a. M. 1. Rate 300, - Mk., Leipzig 2. Rate 166,90 Mk., München 2. Rate 500, - Mk., Stuttgart 2. Rate 600, - Mk., 3. Rate 300, - Mk.  
Für den Kampffonds der Gasarbeiter: Schweinfurt 3,60 Mk. Bereits quittiert 4153,60 Mk.; zusammen 4157,20 Mk.  
Für Extrabeitrag zu Streiks- und Aussperrungen: Berlin (Gruppe Revier-Jah) 100, - Mk., Brandenburg 20, - Mk., Bremen 200, - Mk., Geln a. Rh. 100, - Mk., München 200, - Mk., Weidau 10, - Mk.; zusammen 630, - Mk.

Ferner gingen ein: Für Protokolle: Berlin 50, - Mk., Berlin (Gruppe Revier-Jah) 191, - Mk., Dresden 95, - Mk., Gera 1, - Mk., München 51, - Mk., Schweinfurt 6,60 Mk.; für Substrate: Berlin 39,60 Mk., Brandenburg 1,95 Mk., Dresden 36,60 Mk., München 26,55 Mk.; an Abrechnungsgeldern: 1,37 Mk.; für Geschäftsbesitzer: 1,20 Mk.; Fellerentlohnung in Leipzig: 57,68 Mk.; von der Leuzinger Volksversammlung: 19,10 Mk.; an Rückporto: 8,20 Mk.; an Zinsen: 497,60 Mk.

Von Umgehängten:

|            |      |            |      |            |        |
|------------|------|------------|------|------------|--------|
| Nr. 25.113 | 2,70 | Nr. 39.893 | 3,50 | Nr. 58.130 | 1,30   |
| 25.192     | 1, - | 42.298     | 4,75 | 60.570     | 1,20   |
| 33.150     | 2,90 | 46.623     | 6, - | 60.571     | 4,15   |
| 33.153     | 6, - | 50.136     | 4,95 | 60.572     | 4,15   |
| 33.154     | 3,50 | 50.149     | 3,50 | 60.573     | 3,30   |
| 33.936     | 5,55 | 50.450     | 3,50 | 60.574     | 3,70   |
| 33.983     | 3,50 | 50.463     | 1,60 | 60.575     | 1,20   |
| 33.994     | 2,05 | 50.465     | 7, - | 60.576     | 1, -   |
| 33.995     | 2,05 | 50.472     | 1, - | 60.577     | 3,30   |
| 34.099     | 1, - | 50.478     | 5, - | 60.578     | 1,20   |
| 37.657     | 3,45 | 50.479     | 2,15 | 60.579     | 5,85   |
| 37.682     | 3,95 | 50.486     | 2,20 | 60.580     | 2,90   |
| 37.687     | 3,85 | 50.491     | 3,10 | 60.581     | 1,20   |
| 37.689     | 3,60 | 50.493     | 7,05 | 60.582     | 5,15   |
| 38.682     | 2,70 | 50.497     | 1,10 | 60.583     | 4,20   |
| 38.685     | 3,30 | 58.108     | 3,45 | 60.584     | 3,25   |
| 39.896     | 2,10 | 58.112     | 1,15 |            |        |
| 39.899     | 4,65 | 58.125     | 8, - |            |        |
|            |      |            |      | Zumma      | 188,90 |

G. Schumann, Hauptkassierer.  
Im Rückfragen zu vermeiden, bitte ich, bei Geldsendungen stets anzugeben, wofür der Betrag ist.  
D. D.

**Briefkasten.**

Wiesbaden u. andere. Bitte, bitte keine Worte kürzen die Zeiger haben ihre liebe Not. Die Redaktion muß Rücksicht auf den vorhandenen Raum und die Druckfähigkeit des Geschiebens nehmen, also nichts für ungl. Adm. Gr. D. Montagberg. Sie Ihr erbet, bin ich Euch mit Bericht zuvor gekommen, aber Gewindigkeit in keine Exerzit! Bitte stets eine Zeile zu bezeichnen. Adm. Gr. D. A. M. C. K. u. M. Artikel und Berichte kommen in nächster Nr.

**Totenliste des Verbandes.**

|  |  |
|--|--|
| <b>Ernst Böhle, Stuttgart</b>              | <b>Ernst Horn, Leipzig</b>                 |
| 21. September 1906 im Alter von 27 Jahren. | 30. September 1906 im Alter von 19 Jahren. |
| Chre lören Andenten!                       |  |

Verlag: Die Vertheilung des Zeitungs für die Gewerkschaften und die Arbeitervereine. Verleger: G. Schumann, Hauptkassierer, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24. — Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Berlin SW. 64, Landstr. 64.